

Gibt es den Nachrichtenimperialismus der westlichen Welt?

Autor(en): **Robinson, G.J. / In-Albon, J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin : Kommunikationswissenschaft = sciences des communications sociales**

Band (Jahr): - **(1980)**

Heft 12

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-790529>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gibt es den Nachrichtenimperialismus der westlichen Welt ?

eine Gastvorlesung von Professor G.J. Robinson

"Tatsache ist, dass die Aktivitäten des Imperialismus sich nicht auf Politik und Wirtschaft beschränken, sondern auch das Feld der Kultur umfassen. Hierdurch wird den Völkern der Entwicklungsländer die Herrschaft einer fremden Ideologie aufgezwungen". So heisst es in der Algier-Deklaration der Blockfreien aus dem Jahre 1973. Aus dieser Tatsache folgerten die Vertreter dieser Länder: "Die Entwicklungsländer müssen gemeinsame Massnahmen im Bereich der Kommunikation ergreifen".

Ist der Vorwurf des Nachrichtenimperialismus an die Adresse der westlichen Welt und insbesondere an die Adresse der fünf Weltagenturen Reuters, Agence France Presse (AFP), Associated Press (AP), United Press International (UPI) und Tass berechtigt ? und welches ist die Rolle der Entwicklungsländer im Hinblick auf eine neue Internationale Informationsordnung ? Dies waren die Fragestellungen, auf welche Mrs. G.J. Robinson, Professor an der Mc Gill University in Montreal, am 25. April 1980 anlässlich einer vom Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Freiburg organisierten Gastvorlesung einging.

Die internationalen Nachrichtenagenturen betreiben Imperialismus, indem sie die Erzeugung von Nachrichten weltweit beherr-

schen. Alle Nachrichten werden durch sie von einem euro-amerikanischen Blickwinkel heraus ausgelesen und interpretiert, so dass die äusserst geringe Zahl der Informationen über die Entwicklungsländer zur Hauptsache aus Sensationsmeldungen bestehen. Dies - so Mrs. Robinson - sind die Hauptkritiken der Länder der Dritten Welt. Untermuert werden diese Vorwürfe von den Ergebnissen zahlreicher Analysen des internationalen Nachrichtenflusses, so z.B. von der Arbeit des Direktors des Latein-amerikanischen Institutes zur Erforschung der Transnationalen, Juan Somavia, (The Transnational Power Structure and International Information, in: Development Dialogue, 2 (1976): 15-28) oder der 1977 durch Cees Hamelink für den Weltkirchenrat geleiteten Analyse: The Corporate Village - The Role of Transnational Cooperations in International Communications. Diese Arbeiten zeigen auf, dass Nachrichten meistens in einer Richtung fliessen, nämlich von den Industrieländern in die Länder der Dritten Welt und dass z.B. selbst Inlandmeldungen aus lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko, Bolivien oder Uruguay zuerst über die Zentralen von UPI und AP in New York laufen, bevor sie in die Ursprungsländer zurückkommen (Vgl. Beltràn, S.L.R.: Massenmedien in Lateinamerika, in: Rundfunk und Fernsehen 28 (1980: 33). Auch in den Ländern der industrialisierten Welt kann der Einfluss der Welt-Nachrichtenagenturen festgestellt werden. In der Schweiz, die mit der SDA über eine nationale Nachrichtenagentur verfügt, werden z.B. achzig Prozent aller Auslandnachrichten durch Agenturen vermittelt; sechzig Prozent dieser Nachrichten stammen von Reuter, AFP, UPI und AP.

Die Vorwürfe über die Rolle der Weltnachrichtenagenturen im Prozess des Internationalen Informationsaustausches sind seit der Verabschiedung der UNESCO-Mediendeklaration im November 1978 keineswegs verstummt. Im Gegenteil: Die in Artikel X der Mediendeklaration enthaltene Forderung nach einer "umfassenden und ausgewogenen Verbreitung von Informationen" und die Anerkennung der Informationsfreiheit als "Bestandteil der Menschenrechte und Grundfreiheiten" (Artikel I) haben die Kritik an der herrschenden Nachrichtenordnung noch erheblich verschärft. Als Tatsache gilt, dass die Länder der Dritten Welt bezüglich des Medienpotentials von den Industrieländern und insbesondere von den Welt-Nachrichtenagenturen abhängig sind. Diese Abhängigkeit betrifft die Bereiche 'technische Ausrüstung' (Nachrichtenbüros, Fernschreiber usw.), 'Arbeitskräfte' (Korrespondentenstab, Berichterstatter usw.) und 'Kapital' (finanzielle Mittel für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Nachrichtenbeschaffung, -verarbeitung und -verbreitung). Aus der Abhängigkeit in diesen drei Bereichen resultiert die kritisierte Ungleichheit in der Internationalen Nachrichtenordnung.

Die zahlreichen Vorwürfe an die Adresse der vier bzw. fünf Weltnachrichtenagenturen sind, laut den Ausführungen der kanadischen Kommunikationswissenschaftlerin Mrs. Robinson, nur zum Teil berechtigt. Im internationalen Nachrichtenbusiness herrscht Arbeitsteilung. Die globalen Nachrichtenagenturen können in diesem Prozess als Grossverteiler eines sehr teuren Produktes

angesehen werden. Ihre Arbeit, die darin besteht, internationale Nachrichten zu sammeln und zu verteilen dürfe nicht einfach als Imperialismus bezeichnet werden. Es seien nicht die grossen Weltnachrichtenagenturen, die das Weltbild konstruieren, das schlussendlich aus den Redaktionsstuben und den Radio und Fernsehstationen an das Publikum weitergegeben wird. Im allgemeinen übernehmen die Detaillisten - die nationalen Nachrichtenagenturen - nur einen Fünftel der Nachrichten, die sie ihren nationalen Medien liefern, von den internationalen Agenturen und oftmals werden diese Meldungen noch durch Berichte eigener Korrespondenten ergänzt und zum Teil verändert. Die Entscheidung darüber, welche Nachrichten aus dem Riesenangebot der Welt-Nachrichtenagenturen dem Leser, Hörer oder Zuschauer präsentiert werden, falle somit in den Redaktionen der 'Endverteiler'. Hier werden in der Grobauswahl bereits achtzig Prozent der eingegangenen Nachrichten ausgeschieden und in der folgenden Feinauswahl ein zusätzlicher hoher Anteil. Hier endet das Untersuchungsfeld der Agenturforschung und macht der "Gate-Keeper-Forschung" Platz. Die Meinung Mrs. Robinsons: Die Welt-Nachrichtenagenturen entscheiden wohl über das Angebot an Nachrichten, keinesfalls aber über ihren Inhalt.

Wohl bestimmen die verantwortlichen Redakteure der Zeitungen und Rundfunkanstalten an entscheidender Stelle darüber, welche Inhalte des Angebotes dem Publikum präsentiert werden; wird aber in Betracht gezogen, dass die Verteilung von Medien-

Arbeitskräften (Korrespondenten, Berichterstatter) und Technologie zwischen den Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt zu Ungunsten der letzteren verläuft und dass ein Ereignis nur dann Nachricht werden kann, wenn ein Berichterstatter zur Stelle ist und die Möglichkeit einer Uebermittlung des Inhaltes gegeben ist, kann ein gewisser Einfluss der Nachrichtenagenturen auf die vermittelten Inhalte trotzdem nicht übersehen werden.

Auch der Vorwurf von Vertretern der Drittwelt-Länder, dass die Meldungen über ihre Region immer aus einem euro-amerikanischen Blickwinkel heraus verfasst werden, ist nach Mrs. Robinson teilweise berechtigt. Man müsse sich allerdings darüber im klaren sein, dass die internationalen Nachrichtenagenturen, mit Ausnahme der Agentur Reuters, zu fünfundsiebzig Prozent von Banken, der Industrie und den Medien ihrer eigenen Länder finanziert werden. Aus diesem einfachen Grund dürfe man sich nicht wundern, wenn aus den Regionen der Dritten Welt vorallem Nachrichten kommen, welche die Industrie- und Finanzwelt der betreffenden Länder vorallem interessieren.

Ein erfolgversprechender Ansatz, der zur Lösung dieser Probleme in erheblichem Masse beitragen könnte - so die kanadische Kommunikationswissenschaftlerin - würde darin bestehen, dass in Zukunft vermehrt regionale Agenturbündnisse nach dem Muster der von der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug geleiteten

Blockfreien-Nachrichtenkooperative in Regionen der Dritten Welt gegründet werden. In diesem Nachrichtenverbund werden über regionale Koordinationszentren (Tanjug, Jugoslawien; Interpress Service, Lateinamerika; Tunis Agence Press, Tunesien und Press Trust of India, Indien und Sri Lanka) täglich Nachrichten ausgetauscht. Rund vierzig Länder, die der Blockfreien-Nachrichtenkooperative angeschlossen sind, haben sich verpflichtet, durch ihre Medien täglich 5 bis 6 Nachrichten dieser Organisation an das Publikum zu vermitteln. In dieser Richtung scheint für die Länder der Dritten Welt ein Weg aus der Nachrichtenabhängigkeit zu führen. Doch glaubt Mrs. Robinson, dass es dazu insbesondere in den afrikanischen Ländern einer grösseren Kooperationsbereitschaft der einzelnen Länder bedarf. Eine afrikanische Nachrichtenkooperative, die schon seit langer Zeit geplant ist und für deren Realisierung die UNESCO grosszügige finanzielle Mittel zur Verfügung stellte, wartet infolge politischer Querelen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern immer noch auf ihre Gründung.

Mit der Internationalen Nachrichtenordnung stehe nicht alles zum besten - so Mrs. Robinson abschliessend - die Kritiken der Vertreter der Länder der Dritten Welt seien zum Teil berechtigt, doch müssten zukünftig auch die Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Möglichkeiten vermehrt an der Lösung der bestehenden Probleme mitarbeiten.

J. In-Albon